

Ein problematisches Unterfangen

6.2.2005 Die Veranstaltung der *WAsG, Regionalgruppe Augsburg* am 22. Januar 2005 im Zeughaus hatte den Charakter einer vorgezogenen Parteigründungsfeier. Es wurde Sekt ausgeschenkt. Am gleichen Tag wurde vom Länderrat der WAsG die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ in Göttingen gegründet. Thema in Augsburg war die Vorstellung des Parteiprogrammentwurfs des Bundesvorstands, den Christiane de Santana (IG Metall Augsburg) vor 25 Teilnehmern referierte. Der Programmentwurf lag der Versammlung nicht vor. Vorgelegt wurde eine Parteisatzung und das Eckpunkteprogramm vom 3. Oktober 2004. Nach dem Vortrag und der Diskussion fand noch eine Mitgliederversammlung statt, die gleich wieder beendet wurde, weil keine Anträge vorlagen. Von dem sechsköpfigen Vorstand, der auch das Präsidium bildete, waren zwei Funktionäre(innen) der IG Metall in Ulm und Augsburg und einer Betriebsrat der IG Metall bei Siemens. Die Berufe und Funktionen der anderen Vorstandsmitglieder sind uns nicht bekannt, weil sich der Vorstand insgesamt nicht vorstellte.

Christiane de Santana konzentrierte sich in ihrem Vortrag auf die Themen einer gerechten Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Umverteilung von Arbeit und Einkommen, einer solidarischen sozialen Sicherung und von Qualifikation und Ausbildung.

Hauptziel der ASG „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ ist – wie der Name schon sagt – die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die Wiederherstellung eines leistungsfähigen Sozialstaats. Diesen Zielen hat alles zu dienen: eine radikale Arbeitszeitverkürzung ebenso wie Lohnerhöhungen bzw. hohe garantierte Mindestlöhne und Transfereinkommen zur Stärkung der Binnennachfrage. Die wachsende Binnennachfrage sorgt dann für Absatz, Produktion und Beschäftigung und einen wahren Steuersegen, aus dem sich der Sozialstaat wieder speist. Der Sozialstaat kann auch deswegen üppig gedeihen, weil das Wachstum mehr Sozialbeiträge hereinspült und gleichzeitig Sozialausgaben reduziert.

Das Zaubermittel, das diese Segnungen alle möglich macht, soll eine „permanent steigende Produktivität“ sein. (Gründungsprogramm ¹)

Dabei ist die ASG nicht kleinlich. Auf über 100 Milliarden Euro summieren sich die geforderten staatlichen Investitionsprogramme und die Finanzierung einer gesetzlichen Mindestsicherung von 20% über dem ALG. Die dafür erforderlichen Steuermittel sollen bei Vermögenden und Unternehmen abgeschöpft werden.

Spätestens jetzt stellen sich natürlich Fragen.

Politikwechsel ...

Wer soll diesen radikalen Politikwechsel erzwingen, wo der Trend doch seit Jahren in die entgegengesetzte Richtung geht? Wo soll die Macht herkommen, den Reichen solche Summen abzuknöpfen? Hier muss schon eine sehr breite Front her. Aber mit

wem will die ASG zusammengehen, wo sie doch eine Kooperation mit der PDS ablehnt und gegen Rot-Grün antritt. Glaubt die ASG wirklich, nachdem sie die Auseinandersetzung innerhalb der SPD für aussichtslos hält, sie könne sich nun an Geißler und Blüm wenden und ansonsten auf einen starken Zulauf von bisher Inaktiven, Unorganisierten und städtischen Nichtwählern bauen? Noch dazu meint der Vorstand, dass „Leute, die früher in allen möglichen Bewegungen, radikalen Grüppchen oder Miniparteien tätig waren“ in der ASG „politisch isoliert werden“ müssten.ⁱⁱ Also Linke und „Radikale“ will man nicht haben in den eigenen Reihen, FDPLer, CDUler etc. sind willkommen, auch PDSler natürlich, sofern sie überlaufen und – dem Sozialismus abschwören.

... ohne PDS?

Ansonsten wird die PDS auf ziemlich arrogante Weise abgetan: Die PDS sei „für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet“.ⁱⁱⁱ Das ist ungefähr die Überheblichkeit, mit der die Funktionäre des DGB, namentlich der IG Metall, nach dem Anschluss der DDR eine Kooperation mit den dortigen Gewerkschaften ablehnten und stattdessen die Gewerkschaftsstrukturen der DDR mit ihrer eigenen Organisationsmacht ersetzten und mit eigenem Personal besetzten. Schon die erste praktische Nagelprobe einer möglichen Kooperation hat die ASG nicht bestanden. In Nordrhein-Westfalen, wo die ASG sich entschieden hat, neben der PDS zu den Landtagswahlen zu kandidieren, hat sie ein Gesprächsangebot der PDS NRW ausdrücklich abgelehnt.^{iv} So ganz scheint die ASG „eine[r] neue[n] Kultur der gegenseitigen Anerkennung und Rücksichtnahme auf unterschiedliche Grundüberzeugungen“ noch nicht verpflichtet zu sein, obwohl sie das im Schlusskapitel ihres Gründungsprogramms feierlich proklamiert.

Nun wäre der Gedanke nahe liegend, es handle sich hier hauptsächlich um Parteienkonkurrenz zwischen ASG und PDS, inhaltlich sei man sich aber doch weitgehend einig. Das stimmt sicher für viele Aussagen und Zielvorstellungen der beiden Parteien, aber es gibt schon grundsätzliche Unterschiede. Wir wollen an dieser Stelle keinen umfassenden Vergleich der beiden Parteiprogramme versuchen. Wir wollen lediglich einige Unterschiede skizzieren, die uns aufgefallen sind. Der Leser möge sich bei Bedarf selbst in die Programme vertiefen. Das Gründungsprogramm der ASG wird einem Programm-Konvent am 26.2.2005 in Göttingen vorliegen und soll auf dem Gründungsparteitag am 6./7.Mai in NRW endgültig beschlossen werden. Es findet sich unter http://www.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050122.pdf. Das Programm der PDS wurde auf dem 8. Parteitag im Oktober 2003 in Chemnitz verabschiedet und löste das Gründungsprogramm der PDS ab. Es findet sich unter <http://sozialisten.de/partei/grundsatzdokumente/programm/index.htm>

Sozialstaat über alles

Bei der ASG heißt es: *„Die Stärkung des Sozialstaats und eine Verteilung des Volkseinkommens im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung steigern also Produktion und Beschäftigung. Damit schafft sich der Sozialstaat selbst seine wirtschaftliche Grundlage und seine Zukunft. Die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung können nur dann durchgesetzt werden, wenn die wirtschaftliche*

Entwicklung in ihren Grundrichtungen nicht dem Markt überlassen, sondern demokratisch gesteuert wird.“

Die „Stärkung des Sozialstaats“ ist immer auch eine Stärkung des Staats. Das Subjekt bei der ASG scheint der „Sozialstaat“, der sich „selbst seine wirtschaftliche Grundlage und seine Zukunft“ „schafft“. Die „Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung“ müssten „durchgesetzt werden“ (also nicht unbedingt von ihnen selbst) und das wiederum gehe nur, wenn die wirtschaftliche Entwicklung „demokratisch gesteuert wird“. Um es mal salopp zu sagen, sehr emanzipativ ist dieser Ansatz nicht. Dementsprechend kommt der Wortteil „emanzipat“ auch nur einmal vor in dem Gesamten Programm der ASG, im Programm der PDS hingegen zwölfmal. Ähnlich ist es mit dem Begriff der Freiheit, der im PDS-Programm 35 mal vorkommt, und damit siebenmal so oft wie bei der ASG. Der moderne Begriff der „Freiheitsgüter“ kommt bei der ASG überhaupt nicht vor. Der fürsorgende Staat, Politik für andere und zentrale Steuerung der Entwicklung – das sind drei altbackene sozialdemokratische Prinzipien. Sie sind ranzig und können kaum zu einer modernen, emanzipativen (sozialistischen) Politik führen. Man kann schon sagen, sie sind mit verantwortlich für die Krise der Sozialdemokratie – aber die ASG will sie anscheinend wieder aufwärmen in dem Glauben, so dem Neoliberalismus beizukommen. Dabei hat der nationale Rahmen für die ASG hohen Stellenwert – oder wie ein Teilnehmer in der Diskussion kritisch anmerkte: Voraussetzung für das Programm der ASG sei eine geschlossene Volkswirtschaft.

Selbstbestimmung oder nützliche Verwendung der Arbeitskraft?

Die PDS hat einen anderen Ansatz: *„Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können?“* Und sie hält diese Frage nur im internationalen Zusammenhang lösbar: *„Menschen müssen ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln können. Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.“*

Wie weit entfernt die ASG vom Gedanken der Selbstbefreiung ist, macht auch eine Passage in ihrem Eckpunkteprogramm ^v deutlich: *„Arbeit, die in der materiellen Produktion nicht mehr benötigt wird, ist für die Ausweitung öffentlicher und anderer gesellschaftlich nützlicher Dienstleistungen zu verwenden.“* Hier spricht der fortschrittliche Chefökonom, der über die nützliche Verwendung von „Arbeit“ nachdenkt. Eine SozialistIn problematisiert die „Verwendung“ von Arbeitskraft grundsätzlich, ein Sozialdemokrat hat dagegen im Grundsatz nichts, solange die Verwendung gerecht, sozial, sinnvoll... und möglichst von ihm gesteuert ist.

So mündet die Selbstbestimmung des Menschen bei der ASG bei einer ganz vagen „Wirtschaftsdemokratie“, die sich im Grunde auf ebenso vage Mitbestimmungsforderungen reduziert. Das ist nicht viel. Für eine linksreformerische Gewerkschaftsbewegung zu wenig.

Kommunalpolitik als Politik von unten überhaupt gefragt?

Und was bleibt für gesellschaftliche Bewegungen, die über die Sphäre von Unternehmen und Beschäftigten hinausgehen? Auch herzlich wenig. Das kommunale Feld als Sphäre einer wirklich modernen, spannenden und produktiven Politik, in der neue Potenziale der Gesellschaft emanzipativ und solidarisch genutzt werden können, wird verkannt. Wenn Kommunen im Programm der ASG auftauchen, dann eigentlich nur in dem Sinne, dass sie mehr Geld brauchen. Für eine linksreformerische Kommunalbewegung zu wenig.

Im Programm der PDS kommen die Kommunen 16 mal vor. Wir wollen nur ein Beispiel zitieren: *„Dezentralisierung und stärkere gesellschaftliche Aktivität von unten sind nötig. Die PDS unterstützt Forderungen, die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, Landkreisen und Ländern zu verbinden. Auf Bundesebene und im Rahmen der Europäischen Union sollte es Volksentscheide mit niedrigen Einstiegsquoren geben. Die PDS engagiert sich für die Einführung einer umfassenden Volksgesetzgebung sowie für Runde Tische und regionale Wirtschafts- und Sozialräte. Demokratie wird zuerst in den Kommunen erfahren. Die PDS unterstützt die Entwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen, die in hoher Eigenständigkeit über ihre Angelegenheiten entscheiden können. Sie spricht sich für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltspolitik (partizipative Bürgerhaushalte) und an Entscheidungen über die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss wiederhergestellt werden. Sie ist eine Grundbedingung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Kommunen brauchen eigene, verlässliche Finanzquellen. Die Wirtschaft darf nicht aus der Verantwortung entlassen werden.“*

Die ASG spricht sich zwar auch für „Volksentscheide auf allen Ebenen“ aus – erwähnt aber in dem Zusammenhang die Kommunen nicht einmal.

„mehr Demokratie wagen...“

Ein anderer wichtiger Punkt beim Programm der ASG ist folgender: Es wird nicht richtig gezeigt, wie es zur heutigen, kritisierten Lage kommt. Wenn die Entwicklungen, die zur heutigen Lage geführt haben, nicht mal ansatzweise behandelt oder verstanden werden, welche Chance hat dann der schlichte Wunsch nach Änderung? Die Sache ist aber bei der ASG noch problematischer. Denn sie sehnt sich zurück, zur Reformpolitik Willy Brandts. Im Eckpunkteprogramm heißt es: *„Die Agenda 2010 ist eine Generalrevision ihres [der Sozialdemokratie, die Red.] großen Reformprojekts aus den 1970er Jahren. Das Reformmodell in der Ära Brandt setzte auf den kräftigen Ausbau des Sozialstaates als grundlegende Voraussetzung für Freiheit, Partizipation, Gerechtigkeit und Emanzipation.“* Im Gründungsprogramm taucht der Name Brandt nicht mehr auf, stattdessen wird dort zitiert: *„Wir wollen mehr Demokratie wagen.“*

Dieser explizite Bezug auf Willy Brandt, genau genommen auf seine Regierungserklärung als Bundeskanzler 1969, ist sehr unangenehm. Georg Fülberth bemerkt hierzu treffend: *„Bislang ist es wohl nur dem Gießener Juristen Helmut Ridder aufgefallen, dass dieser Spruch obrigkeitstaatlich ist. Nur für eine Regierung kann es ein Risiko sein, mehr Demokratie zuzulassen. Eine linke Bewegung aber sollte den Anspruch haben, mehr Demokratie erkämpfen zu wollen.“*^{vi}

Das ist aber nicht alles. Immerhin war Willy Brandt, der den Bundesvorsitz der SPD seit 1964 innehatte, als Vizekanzler unter Kiesinger in der großen Koalition mit der CDU ein vehementer Verfechter der Notstandsgesetze. Die Notstandsgesetze wurden 1968 gegen die APO, aber auch gegen den DGB durchgesetzt. Zwei Jahre zuvor noch lehnte der 7. Ordentliche Bundeskongress des DGB erneut jede Notstandsgesetzgebung ab, „welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, das Koalitions- und das Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht“. Unter die Kanzlerschaft von Willy Brandt fällt auch der Radikalerlass von 1972. Dadurch wurde „mehr Demokratie“ tatsächlich zum existenziellen Wagnis. Um das Maß voll zu machen, stellte sich Willy Brandt in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss loyal hinter seinen Amtsnachfolger Helmut Schmidt. Fast sieht es so aus, als ob die ASG zwar schon gegen einen „Aufstand von oben“ antreten will (Parole im NRW-Wahlkampf gegen die Zerstörung des Sozialstaats), aber einem Aufstand von unten schon mit dem „Rechtsstaat“ begegnen würde.

Die Ära Brandt als Reformmodell?

Nun mag man einwenden, das alles meine die ASG nicht, wenn sie auf Willy Brandt Bezug nimmt. Gemeint sei der Ausbau des Sozialstaats unter seiner Ära: Reform des Rentengesetzes, der gesetzlichen Krankenversicherung, des Ehe- und Familienrechtes, des Bildungswesens, Einführung des BAföG etc. Schön, aber mit der ersten schweren Wirtschaftskrise brach diese Reformpolitik zusammen und wurde sogar bestreikt.^{vii}

Eine Reflexion dieser schwerwiegenden historischen Fakten findet im Programm der ASG nicht statt. Dabei pfeifen es die Spatzen, bzw. die Soziologen vom Dach, dass das Modell der „Arbeitnehmergesellschaft“ der Brandt-Ära wohl bei einer Art „Bürgergesellschaft“ landen müsse.^{viii} Ein schlichtes zurück zum Arbeitnehmermodell, ev. angereichert mit etwas Ökologie, wird es wohl nicht geben. Und diese Meinung muss nicht unbedingt rechts sein, die Diskussion ist sehr breit und sie ist offen.^{ix} Man sollte sich dieser Diskussion schon stellen. Den Begriff der Bürgergesellschaft bzw. Zivilgesellschaft gibt es im Programm der ASG leider nicht. Im PDS-Programm kommt der Suchbegriff „zivil“ 27 mal vor (ASG 2 mal).

Auch in den Gewerkschaften finden zu diesen Themen z.T. sehr fortschrittliche Diskussionen statt, die man schon aufgreifen könnte. So sagte z.B. Hans-Jürgen Urban, Bereichsleiter Sozialpolitik der IG Metall, auf einem gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum schon 2003: „Wenn die Gewerkschaften daran mitarbeiten wollen, Wirtschaft und Gesellschaft auf einen anderen Entwicklungspfad zu bringen und wenn sie sich dafür als autonome Reformkraft engagieren wollen, reichen reine Verteidigungsstrategien nicht aus. Gerade dann wachsen die Anforderungen an die eigene Fähigkeit, der schlechte Gegenwart sowie den neusozial-demokratischen Politikkonzepten alternative Strategieentwürfe entgegenzusetzen. Und das gilt nicht zuletzt mit Blick auf den Sozialstaat.“^x

Als die Reaktionäre im Wahlkampf 1972 der SPD die Alternative „Freiheit“ oder „Sozialismus“ aufdrängen wollten, kuschte Brandt nicht. Die SPD berief sich ausdrücklich auf den „demokratischen Sozialismus“ und erreichte mit 45,8% der Zweitstimmen das bisher beste Ergebnis ihrer Geschichte. Die ASG scheint hier hinter Willy Brandt zurückzufallen: sie vermeidet den Begriff konsequent. Irgendwo verständlich, sonst müsste sie erstens das Scheitern der „Demokratischen Sozialisten“

reflektieren, die schon einmal vor gut zwanzig Jahren eine Parteigründung links von der SPD versuchten.^{xi} Und zweitens könnte sie sich nicht mehr von der PDS absetzen, denn die nennt sich Partei des Demokratischen Sozialismus.

Vermischung von Partei und Gewerkschaft

Wenn jetzt alternative Volkswirte der Memorandumgruppe und IG Metall-Funktionäre der mittleren Ebene über die ASG versuchen, sich eine eigene Partei zu schnitzen, so ist das sehr problematisch. Eine Vermischung von Partei und Gewerkschaft tut nicht gut, dafür gibt es historische Beispiele. Dies gilt nicht nur für eine „Gewerkschaftspartei“, sondern auch für Richtungsgewerkschaften. Auf den Kongressen der Gewerkschaftslinken – personell und ideell eng mit der ASG verflochten – wird mit einer organisierten Gewerkschaftsopposition schon mal geliebäugelt.

Die klassische gewerkschaftliche Haltung der „Besitzstandswahrung“ wird von der ASG auf die Gesellschaft übertragen: *„Die sozialen Sicherungssysteme sollen den Menschen gegenüber den großen sozialen Risiken des Lebens einen umfassenden Schutz geben. Wenn diese Risiken eintreten, sollen der bisherige Lebensstandard durch gesellschaftliche Unterstützung aufrecht erhalten bleiben und materielle Armut und Obdachlosigkeit durch eine Mindestsicherung vermieden werden.“* (Eckpunkteprogramm). Eine Mindestsicherung ist ein sehr unterstützenswerter Punkt, aber das Ziel der Aufrechterhaltung des „bisherigen Lebensstandards“? Unter allen Umständen? Auf jedem Niveau? Das ist wahrscheinlich weder realistisch noch richtig.

Wenn die ASG die Themen Arbeit und Soziales verlässt und auf andere Felder der Politik zu sprechen kommt, so wird man das Gefühl nicht los, dass das nicht ihre Themen sind. Wenn sie überhaupt Beachtung finden, so spürt man den Blick durch die Gewerkschaftsbrille auf die Gesellschaft. Da diese Politikfelder auf der Versammlung der ASG in Augsburg auch kaum Thema waren, wollen wir hier auch nicht darauf eingehen – bis auf einen Punkt: „Frieden und Abrüstung“

Rüstungshaushalt – kein Thema

Unter dem Kapitel „Frieden und Abrüstung“ im Programm der ASG findet man: *„Bei kriegerischen Auseinandersetzungen sind nur internationale, völkerrechtlich legitimierte Gremien entscheidungsbefugt. Deshalb müssen die Vereinten Nationen entsprechend gestärkt und mit Sanktionsrechten ausgestattet werden. Die Dominanz einzelner Staaten lehnen wir ab.“* – Hier wird der UNO eine Rolle des Sicherheitsweltpolizisten verpasst, die sie noch niemals erfüllen konnte. Wenn man deshalb einfach „eine Stärkung“ der UNO fordert ohne konkrete Aussagen zu machen nach welchen Gesichtspunkten sich diese ausrichten soll, öffnet man den bisherigen Ressourcen-Sicherungs-Strategen ein weites Feld.

Viel differenzierter in dieser Frage das PDS-Programm: *„Die Übereinstimmung von Charta und politischen Beschlüssen ist entscheidend für die Legitimität und Autorität der UNO. Diesem Anspruch haben nicht alle Entscheidungen des Weltsicherheitsrates entsprochen. Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragende Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen. Ebenso darf sich kein Staat der Welt und kein*

Staatenbündnis dieses Recht anmaßen; die UNO muss sich solchen Anmaßungen widersetzen.“

Im PDS-Programm heißt es ferner: *„Umfang der Bundeswehr reduzieren, die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste abschaffen, auf neue Rüstungsprojekte verzichten und den Verteidigungsetat reduzieren.“*

Zu diesem Gesamtkomplex findet sich im Programm der ASG der dürre und unverbindliche Satz: *„ASG setzt sich auf allen Ebenen für internationale Abkommen zur Abrüstung ein.“* – Wir können es kaum glauben – aber das ist tatsächlich alles! Das heißt, die Themen Wehrpflicht, Bundeswehrstärke und Rüstungshaushalt sind *keine* Themen für die ASG. Die ASG strebt aber eine „Sanierung der öffentlichen Haushalte“ an. Wir fragen uns, wie die öffentlichen Haushalte saniert werden sollen ohne eine Senkung der Rüstungsausgaben? Warum kann sich die ASG nicht einmal der simplen Forderung der Friedensbewegung „Abrüstung statt Sozialbau“ anschließen?

Wir vermuten Schlimmes: *„Öffentliche Investitionen führen durch zusätzliche Produktion und Beschäftigung zu erheblichen Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen.“* (Gründungsprogramm der ASG) – So richtig das ist, soll das auch für Rüstungsaufträge gelten? Blockiert hier eine unheilige Allianz aus verkannten Keynesianern und IG Metall-Funktionären eine deutliche antimilitaristische Aussage, weil „die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit“ in jedem Fall Vorrang hat?

Die Aussage der Veranstalter in Augsburg, dass auch für sie „selbstverständlich“ die Aussage gelte „Abrüstung vor Sozialabbau“, können wir jedenfalls im Programm nicht wieder finden.

Der Nucleus

Zum Schluss wollen wir lediglich dazu anregen, über den Nucleus der ganzen Wirtschaftstheorie der ASG nachzudenken: die „permanent steigende Produktivität“. So weit entfernt von der offiziellen SPD sind die Leute der ASG da gar nicht, bei der SPD heißt die rettende Idee inzwischen „Innovation“. ^{xii} Wer sind die Subjekte dieser „permanent steigenden Produktivität“, was ist mit jenen, die nicht zu diesen Subjekten zählen? Werden sie aus der Rolle jemandens, den man einfach mitschleift, je wieder herauskommen? Sofern diese „permanent steigende Produktivität“ in der „Wirtschaft“ stattfindet, aber die eigentliche Quelle des „Sozialstaats“ sein soll – muss sie dann nicht permanent abgeschöpft werden? Sollen also die Früchte der wirtschaftlichen Produktivität rigoros beschlagnahmt werden?

Der Schluss des Eckpunkteprogramms der ASG lautet: *„Der Sozialstaat ist eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Den Sozialstaat sichern heißt, ihn weiter zu entwickeln. Nicht Markt und Rendite, sondern soziale Gerechtigkeit und Demokratie sind die Säulen einer zukunftsorientierten Politik.“* – Was heißt das, bezogen auf den Kerngedanken der „permanent steigenden Produktivität“? Wenn man „Markt und Rendite“ als Säulen einer „zukunftsorientierten Politik“ so salopp weggholt – wo will man die Früchte einer steigenden Produktivität dann ernten?

Wir denken, die PDS hat sich diesen heiklen Fragen von Markt und Kapitaldominanz, von unternehmerischem Handeln und Gewinninteressen und ihrem Zusammenhang mit Innovation und Effizienz in ihrer Programmdiskussion ernsthafter gestellt. ^{xiii}

Aber wir wollen den Teilnehmern der Augsburger Versammlung der WASG die Ernsthaftigkeit auf keinen Fall absprechen, im Gegenteil. Wir wünschen nur nicht, dass eine Gruppierung von zehn oder zwanzig engagierten Leuten, die man bisher in der fortschrittlichen Politikszene in der Stadt noch nicht gesehen hat, gleich wieder scheitern oder für linke Politik verloren gehen. Das wäre schade. Wenn sie sich halten würden und man mit ihnen wirklich rechnen könnte in der Politik am Ort oder auch in Bayern, so wäre das ein Gewinn und wir würden uns auf eine Kooperation auf jeden Fall freuen.

Von Elli Frana und Peter Feininger
6.2.2005

URL: http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/artikel.pdf
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/index.htm

ⁱ http://www.w-asg.de/uploads/media/gruendungsprogramm_20050122.pdf

ⁱⁱ Interview von Dr. Axel Troost, Mitglied des geschäftsführenden Gründungsvorstands der ASG, mit der Jungen Welt, 2.11.2004 (Auszug)

F: Aber gibt es nicht auch PDS-Mitglieder, die in der WASG mitmachen?

Es gibt Mitglieder der PDS, der SPD, auch Teilnehmer, die noch in der CDU oder der FDP sind. Auch DKP-Mitglieder sind dabei, ich glaube, es gibt sogar einen Beschluß des DKP-Parteivorstandes, das Projekt zu unterstützen.

F: PDS und WASG werben weitgehend um dieselbe Wählerschicht. Wäre es nicht besser, eine Gebietsabgrenzung vorzunehmen und eine politisch-inhaltliche Kooperation zu vereinbaren?

Man muß da unterscheiden. Es gibt in der aktuellen Politik und bei mittelfristigen Forderungen große Übereinstimmung. Aber die gibt es gegenwärtig auch mit Personen wie Norbert Blüm oder Heiner Geißler (beide CDU – d. Red.). Und diese wollen wir als WASG mit einbeziehen. Zu so einem Projekt wäre die PDS nie in der Lage.

F: Ein Problem haben beide Parteien im Westen gemeinsam. Beide haben eine hohe Anziehungskraft auf Leute, die früher in allen möglichen Bewegungen, radikalen Grüppchen oder Miniparteien tätig waren. Und für die ist die Versuchung groß, frühere Aktivitäten mit der WASG wieder aufzunehmen ...

Solche Leute gibt es sicher in jedem Landesverband. Aber in der Regel halten sie sich zahlenmäßig in Grenzen und müssen dann politisch isoliert werden, wenn sie zu sehr auf die Nerven gehen. Meine Erfahrung ist aber, daß wir großen Zulauf haben von Leuten, die in den letzten zehn, fünfzehn Jahren nicht mehr aktiv waren. Die zum Teil die Vorstellung hatten, sich nie wieder parteipolitisch zu organisieren. Dazu gehöre ich auch.

ⁱⁱⁱ Einem „Grundsatzdokument Wahlalternative“ auf der Homepage der WASG entnehmen wir ihre Haltung zur PDS: „Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. Die PDS ist nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen. Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen kommt sie nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet.“

^{iv} Quelle: Politische Berichte, Zeitschrift für sozialistische Politik 2/2005
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/pb02-2005.pdf

^v <http://www.w-asg.de/497.0.html>

^{vi} Georg Fülberth in seinem Artikel *Soziale ohne Bewegung – Das vorläufige Programm der »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit«* kennzeichnet eine Gewerkschaftspartei ohne Gewerkschaften, <http://jungle-world.com/seiten/2005/03/4719.php>

^{vii} Ab Ende 1973 erlebte die Bundesrepublik infolge der Ölkrise ihre erste schwere Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung sah sich nun gezwungen, verschiedene Reformvorhaben aufzuschieben bzw. ganz zurückzunehmen, da sie vorerst nicht finanzierbar waren. Dies sowie die rapide steigende Inflation und Arbeitslosigkeit und zahlreiche Streiks schwächten das Vertrauen in den Bundeskanzler erheblich.
Encarta Enzyklopädie 2002

^{viii} s. z.B. der Soziologe Heinz Bude in einem Interview mit den Frankfurter Heften:

Welchen Stellenwert würden Sie Schröders Konzept der zivilen Bürgergesellschaft beimessen?

Bude: Ich würde das Konzept der Zivilgesellschaft auf einer grundsätzlicheren Ebene einordnen. Willy Brandts sozialliberale Periode war weniger durch »mehr Demokratie wagen« als durch das Ausbuchstabieren des Modells der Arbeitnehmergesellschaft bestimmt. Das daraus entstandene Teilhabemodell ist auch über die Phase der konservativ-liberalen Koalition aufrechterhalten worden. Der Sozialdemokratie fällt nunmehr die Aufgabe zu, Teilhabemodelle, jenseits der alten Arbeitnehmergesellschaft zu definieren. Hier könnte die Position der Zivil- oder Bürgergesellschaft liegen, indem die Bürgergesellschaft als ein Nachfolgekonstrukt des Modells der Arbeitnehmergesellschaft herausgestellt wird. Die SPD muss die Notwendigkeit dieser Veränderung des Teilhabe-Ideals in diesem Modell der zivilen Bürgergesellschaft deutlich machen.
http://www.frankfurter-hefte.de/gespraech/gespraech_09_00.html

^{ix} vgl. hierzu den Vortrag *Kommunitarismus und Bürgergesellschaft*, den Stephan Straub 2002 – damals Mitarbeiter im Ingolstädter Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten Eva Bulling-Schröter – auf einem Seminar der PDS Bayern hielt
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/kommunitarismus.pdf

^x s. der überarbeitete Beitrag *Zukunft des Sozialstaates – Eigenverantwortung und Finanzierung* von Hans-Jürgen Urban auf dem gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum der IG Metall vom 11. bis 12. Juni 2003 in Berlin http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/urban.pdf
Die kontroverse Debatte ist teilweise dokumentiert auf der Homepage der IG Metall
http://www.igmetall.de/themen/reform/forum/lang_urban_030611.html

Ausführlich dargestellt ist die Debatte in dem Buch *VSA-Verlag: Joachim Beerhorst / Jens-Jean Berger (Hrsg.) Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?* Hier finden sich weitere hochinteressante Aufsätze, so z.B. Michael Vester, *Wie differenziert ist die Arbeitnehmermitte? – Der Wandel der Milieus und die Gewerkschaften*

^{xi} Tatsächlich hatten die SPD-Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen 1982 versucht, eine Partei links der SPD zu gründen. Die Gründung erwies sich als Flop. Aber auch die Regierung Schmidt scheiterte noch im gleichen Jahr, zerrieben zwischen linken Unzufriedenen und dem Koalitionspartner FDP. Beim Parteiausschlussverfahren gegen den Abweichler Hansen war dessen innerparteilicher Verteidiger übrigens - Gerhard Schröder.
http://www.wdr.de/themen/politik/parteien/wahlalternative/reaktionen_nrw.jhtml?rubrikenstyle=politik

^{xii} s. hierzu den Artikel *Leitantrag zum Parteitag – Innovation als rettende Idee hilft der SPD nicht weiter*
http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/pb24-2003.pdf

^{xiii} vgl. hierzu den Artikel *Stein des Anstoßes als Baustein verwenden*, der sich im Vorfeld des Programmparteitags der PDS 2003 mit der umstrittenen Passage im PDS-Programm befasst: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“ http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Arbeit/050205_asg/pb19-2003.pdf